

Gebühr ist Pflicht

Wie das Regierungspräsidium Freiburg von Windparkgegnern zunächst Gebühren einforderte, sorgt noch immer für Gespräch

Blumberg (blu) Bei ihnen im Musikverein sei das zum Beispiel nach der Probe intensiv diskutiert worden, sagte Egon Bäurer vom Musikverein Behla. Diskutiert hätten sie vor allem darüber, ob es richtig sei, dass die Behörde zunächst von Familien mit mehreren Mitgliedern als Widersprechern pro Widersprecher die Gebühren von 100 Euro gefordert habe. Wobei das Regierungspräsidium nach den ersten Presseberichten sehr schnell reagiert hatte

und pro Familie nur noch einmal 100 Euro fordert.

Behörde reagierte schnell

Wie sieht das der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei? Frei, von Haus aus Jurist, wies zunächst darauf hin, dass es dafür eine Landesgebührenordnung gebe. Auch eine Stadtverwaltung verlange für jeden Bescheid eine Gebühr. Natürlich gebe es für die Verwaltung Spielräume. In diesem Fall hätte man sich von Anfang an mehr Fingerspitzengefühl erhofft. Wenn die Gebührenordnung letztlich dazu führe, dass man seine staatsbürgerlichen Rechte nicht mehr ausübe, sei die Grenze zur Verhältnismäßigkeit überschritten.